

geben hat, von Sieg zu Sieg geschritten sind, sind bereit, daß die Initiative vollkommen bei der deutschen Oberleitung liegt und daß wir hoffen können, daß der Sommer und der Herbst unserer Waffen neue Erfolge bringen wird. Die österreichisch-ungarische Armee hat in hohem Ansehen die internationalen Stellungen angegriffen und nennenswerte Erfolge errungen. Der längste Tag des Jahres ist bereits vorüber. (Sehr richtig! Heiterkeit!) Wenn man von weiterer Warte aus die Ereignisse überblickt, muß man sich fragen: Wird dieser Krieg nach menschlichem Ermessen noch im Herbst und im Winter in das fünfte Jahr hinein dauern? Wieviel herrscht in unserer Öffentlichkeit die Meinung, daß die Dinge dieses Krieges ein absolutes Noxum bedeutet, als hätten die maßgebenden Stellen mit sehr langen Kriegen in der Neuzeit überhaupt nicht mehr gerechnet. Diese Meinung ist unrichtig. Ich habe dafür als Kronzeugen keinen geringeren als den Reichsmarschall Grafen Moltke, der in diesem Hause am 14. Mai 1890 ausgesprochen hat:

Wenn jetzt der Krieg, der jetzt schon mehr als zehn Jahre wie ein Demoskop-Schwert über unsere Häupter schwebt, zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und sein Ende nicht abzusehen. Es sind die großen Mächte Europas, welche miteinander in den Kampf treten werden. Keine derselben kann in einem oder zwei Feldzügen zu vollständiger Niederwerfung werden, daß sie sich für überwinden erklärt und daß sie auf der Grundlage von harten Bedingungen Frieden schließen möchte. Es kann ein siebenjähriger, es kann auch ein dreißigjähriger Krieg werden. (Unruhe.) Wehe dem, der den ersten Funken in das Pulverfaß schmeißt!

Die Verhältnisse haben sich seit der Zeit nur in dem Sinne verschoben, daß die Mächte, die am Kriege beteiligt sind, ihre Kräfte immer mehr zu vergrößern vermocht haben und nicht nur, wie es damals als wahrscheinlich erschien, die Mächte Europas, sondern auch die asiatischen Mächte, wie Japan und Amerika sind in den Kampf eingetreten. Mit Sicherheit irgend einen Ausgangspunkt ins Auge zu fassen, zu welchem man sagen kann, dieser Krieg muß zu Ende gehen, ist nicht meines Geschickes unmöglich und man muß deshalb nach politischen Motiven ausspähen, welche eventuell eine

Friedensmöglichkeit eröffnen könnten. Nach dieser Seite muß ich sagen, daß trotz der glänzenden Erfolge unserer Waffen auf Seiten unserer Gegner Friedensmöglichkeiten und Friedensbereitschaft noch nirgendwo herangezogen sind. Die deutsche Regierung hat wiederholt in Verhandlungen ihren Standpunkt festgehalten. Nichts haben unsere Gegner akzeptiert, was sich einigermassen mit dem deutschen Friedensangebot, mit der Resolution dieses Hauses oder mit der Resolution der Volksräte auf eine Stufe stellen könnte. (Sehr richtig!) Die Verhandlungen aller unserer Gegner, insbesondere der englischen Staatsmänner, die jede Gelegenheit ergreifen, um in aller Öffentlichkeit für ihre Ideen und Anschauungen zu wirken, lassen noch keinen Lichtschein in dem Dunkel dieses trügerischen Dramas fallen.

Minister Kautzner hat vor einigen Tagen eine auch in der deutschen Öffentlichkeit viel beachtete Rede gehalten, auf die ich mit einigen Worten eingehen möchte, obwohl sie bisher nur im telegraphischen Auszuge vorliegt. In dieser Rede wird die alte Legende erneuert, daß Deutschland diesen Krieg entfesselt habe, um die Selbstbehauptung an sich zu wahren. Ich glaube nicht, daß ein vernünftiger Mensch in Deutschland jemals vor diesem Kriege die Hoffnung oder den Wunsch gehabt hat, Deutschland würde die Weltbeherrschung erringen. Der Gedanke der Weltbeherrschung ist — das hat Napoleon's Beispiel gezeigt — eine Utopie.

Dieser Krieg — hier kann man das zurechte Wort Moltke anwenden: Wehe dem, der Europa in Brand steckt — ist, das zeichnen ihn immer deutlicher ab, das Werk Russlands und der gescheiterten russischen Politik, der Angst der lebenden Mächte vor der Revolution, welche die unrichtigsten Rechtsansprüche in dem Lande wirft und nicht erwidert. Ich glaube, man kann jetzt schon sagen, ohne noch den Ergebnisse weiterer Enthüllungen und Forschungen bemerkt zu werden, daß die Äußerung in

den Ursachen des Krieges einbringen, sich desto klarer ergeben wird, daß die Macht, welche den Krieg eigentlich gewollt und geplant hat, Russland gewesen ist, daß die anderen Mächte, daß Frankreich als Kriegsgegner dabei mitgespielt hat, und die englische Politik eher dumme Seiten in dieser Beziehung aufzuweisen hat, daß insbesondere die Haltung der englischen Regierung unmißbar vor dem Kriegsausbruch den russischen Kriegswillen kaum erschrecken konnte — für alle das aber es bereits genügend Beweise. Deutschland hat nicht einen Augenblick daran gedacht, diesen Krieg zu entfesseln. In keinem Augenblicke unserer Geschichte war weniger Veranlassung für uns, einen derartigen Schritt zu entfesseln, als die Zeit, wo er entbrach.

Ich halte es aber für richtig und notwendig, nicht nur die Reaktion zu lesen, nicht nur zu sagen, daß die Besondere Veranlassung ein Selbstverleumdung, wenn nicht eine Verleumdung ist, sondern ich halte es für notwendig, in wenigen Worten ganz einfach und leichtverständlich zu sagen:

was wir positiv wollen:

Wir wollen auf der Welt für das deutsche Volk, und das gilt natürlich mutatis mutandis auch für unsere Verbündeten, daß wir innerhalb der Grenzen, die uns die Geschichte gezogen hat, frei, fair und unbefriedigt leben können, daß wir aber bereit sind den Befehl haben, welcher unserer Größe, unseren Reichtum und unseren bewiesenen kolonialpolitischen Fähigkeiten entspricht, und daß wir die Möglichkeit und die Freiheit haben, auf freier See unseren Handel und unseren Verkehr in alle Weltteile zu tragen. (Lebhafte Beifall.) Das sind mit wenigen, mit allgemeinverständlichem Worten die Ziele, deren Erreichung eine unbedingte Notwendigkeit für Deutschland ist. (Erneute Zustimmung.) Ich habe die Ehre gehabt, auf einer früheren Besprechung in diesem hohen Hause darauf hinzuweisen, daß die unbedingte Unversehrtheit des Bundesgebietes des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten eine notwendige Voraussetzung — ich sage ausdrücklich Voraussetzung — für die Aufhebung aller Friedensgespräche oder Friedensentworfungen bildet.

Wir müssen es absehen, in der belgischen Frage logischen als Voraussetzung für den Frieden abzugeben, ohne die Gegner auch nur im geringsten schuldigen Ungehorsam das Volk vor sich zu stellen, wie wir schon hinreichend, wie ich schon hinreichend, daß die Einigkeit über die belgische Frage den Schatz

der englischen Bew. entlassenen Wünsche schon erschöpfe. Er hat sich wiederholt geäußert, uns die Punkte zu bezeichnen, bei denen er wünschenswerth Ansprüche oder Wünsche anzuerkennen hat. Nach den früheren Erklärungen ist der Wunsch nicht unerwünscht, daß diese Worte einfließen auf die Kreise von Paris gesprochen worden wären, und daß andererseits der Blick über die Mittelmeer hin und nach den angrenzenden und englischen Truppen besetzten Teilen Palästinas und Mesopotamiens weist. Ich höre schon heute die Begründung, die seinerzeit für solche Wünsche gegeben werden soll, daß England unmöglich die großen Opfer an Gut und Blut gebracht haben kann, ohne auch für sich selbst einen beträchtlichen Gewinn erwarten zu dürfen. (Sehr richtig!)

Was nun den wünschenswerthen

Gang der Ereignisse

angeht, so ist früher vom Reichstag und auch von mir ausgesprochen worden, daß im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung auf dem Wege zu Frieden von öffentlichen Erklärungen, die wir uns gegenseitig von den Reberten können auszusprechen, ein wichtiger Fortschritt kaum mehr zu erwarten ist. (Sehr richtig!) Wir können auch unersetzlich genau die Worte uns zu eigen machen, die es am 16. Mai gesprochen hat, wenn wir statt die deutsche Regierung die laienhafte Regierung sehen: Die laienhafte Regierung hat die Tür nicht für die Schalle in der Richtung eines ehrenvollen Friedens geschlossen, und wenn ein Antrag an sie gestellt wird, von welcher Seite er auch kommen möge, wenn er nicht im Ungeheuren droht, sondern auf solchen Grundlagen beruht, dann wird, dessen ich ich sicher, ein solcher Vorstoß nicht an das Ohr eines Lauben Hopsen. Mäße das recht deutlich sein. Wir können unersetzlich diese Erklärung abgeben mit dem Bewußtsein, daß sie sich mit unserer Politik voll und ganz deckt. Wenn einmal der Moment gekommen sein sollte, daß die Nationen, die heute kämpfen, in einen Gedankenausbruch treten, so wird vor allem auch die Vorbedingung nötig sein, daß man ein gewisses Maß von Vertrauen in die Gegenseitigkeit und Milderlichkeit setzt. Solange diese Unternehmung von dem anderen als „Friedensoffensive“, als falsche Unternehmung, um zwischen Verbündeten Zwietracht zu säen, aufgeföhrt wird, solange jeder Annäherungsveruch in den gegnerischen Ländern aus das bestmögliche sofort angegriffen wird, solange ich nicht abzuweichen, wie irgend ein Gedankenanstoß eingeleitet werden kann, der zum Frieden führen soll. Ohne solchen Gedankenanstoß wird bei der unheimlichen Größe dieses Reaktionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ein absolutes Ende kaum erwartet werden können. (Sehr richtig! und hört, hört!) Unsere Stellungen, unsere ungeheuren Reserven an militärischen Mächten, an Enghilfen und in Jernern gestatten uns, diese Sprache zu führen. Wir hoffen, daß die Gegner einsehen werden, daß gegen diese Mächte, die uns zur Verfügung stehen, der Gedanke an Sieg ein Traum, eine Illusion ist, und daß sie auch ihrerseits den Weg finden werden, um mit Friedensangeboten an uns heranzutreten, die der Lage entsprechen und den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügen. (Beifall.)

Die Rühmann'sche Rede

zeigt ein mehrdeutiges Janusgesicht: Einerseits eine zweifelhafte, ungewissermaßen nachwirkende Wirkung durch das Motto: „Zitat von der Möglichkeit eines siebenjährigen, ja dreißigjährigen europäischen Krieges, sowie die im Zusammenhang mit dem päpstlichen Schluß besonders seltene ammutende Behauptung, dieser Krieg könne überhaupt nicht durch Waffengewalt, sondern nur im Wege diplomatischer Verhandlungen — also durch einen „Verständigungsfrieden“ — beendet werden. Unterstrichen wurde die lehrere Milderlichkeit noch durch die vorausgesetzte Verherrlichung der vorläufigen Reichstags-Friedensentscheidung. Andererseits verurteilt der Staatssekretär in den wenigen Sätzen, welche eine krausvolle, auf die Macht und Unbesieglichkeit der Mittelmächte und momentlich die Erfolge an der Westfront hinzielende Sprache, in der auch die höchstverdienstliche Notwendigkeit der Sicherung deutscher Lebensnotwendigkeiten eine emphatische Betonung fand. Man ist im Zweifel, ob diese entzweiende und widersprüchliche Wirkung gewollt oder unbedachtigt war, und die Besprechung liegt nahe, anzunehmen, daß die Rede Rühmanns ein Zustand aus seiner rein persönlichen Anschauung der Dinge und seines persönlichen Instinktes war. Es lassen sich noch viel weiter gehende Spekulationen über die Gemüths der langen Ausführungen anstellen. Wir können indes darauf verzichten und beschränken uns darauf, die Wirkung der Rede festzustellen.

Sie war eine entzweiende und in hohem Maße unbefriedigende. Daß Herr von Rühmann noch vor uns auf dem Standpunkte steht, eine Verständigung mit England sei notwendig, war klar erkennbar und kann auch durch die bittere Kritik an den Reden der englischen Staatsmänner nicht vermischt werden. Die offene Verurteilung dieses Standpunktes in Gegenwart des Reichstages bedeutet ein Bekenntnis der Schwäche, das uns eine als schwere Schwädigung der sich entwickelnden Reichs und seiner Verbündeten erscheint. Daß auch der Eindruck der Rede im Reichstage geradezu niederschmetternd bei allen bürgerlichen Parteien war, besonders die mehr als fünf Millionen und die grundsätzlichen Korrekturen, die die Reden der Zentrum und der Konservativen sofort aufzustellen für notwendig fanden. Wenn man die vertonensvolle und fiesernde Stimmung im deutschen Volke feststellen wollte, wenn man sie in eine Stimmung der Hofflosigkeit und Enttäuschung verandern wollte, dann war die Rede Rühmanns der richtige Weg. Und es ist bezeichnend, daß ein solches Verhalten die Unbesieglichkeit für Rühmanns Rede wählt: Rühmanns Schwachheitsgang!

Manchmal, wenn die Leiter unserer auswärtigen Politik ihre Aufgabe darin erblicken, die Wirkungen unserer gewählten Waffenfolge zu Lande und zu Wasser möglichst gründlich nach innen und außen zu zerstreuen, dann sind sie auf dem richtigen Wege. Das weltanschauliche deutsche Volk aber muß sich zu dem energischen Aufspröhen: Wie lange noch?

Dies muß wieder gesprochen werden, und mit diesem unbedingten Stimmungsmaße nach endlich und gründlich aufzukommen!

wenden. Das Reich kann es auf die Dauer unmöglich ertragen, daß seine bestellten Leiter die Jüdischheit im Innern zerören und — unbewußt zwar, aber nicht minder wirksam — den englischen Machtkampf immer neu stärken. Gott schütze Deutschland!

Dom Krieg und Frieden. Aus dem Westen

Hinter den Kulissen der Ententepolitik.

Wilson Herr der Lage.

Die „Adm. Zig.“ meldet aus Bern: Hinter den Kulissen der Ententepolitik spielen sich gegenwärtig erbitterte Kämpfe ab. Drei Richtungen treten immer schärfer hervor:

1. Bonincares und seines Vizepräsidenten Briand's Abneigung gegen Clemenceau nimmt täglich zu und ist bereits zu offenen Anklagen gegen Clemenceau geübt, dessen auswärtige Politik er scharf kritisiert und dessen diplomatisches Geschick er lächerlich macht. Er findet dabei ein sehr gutes Spiel in dem Teil der englischen Presse und rechnet auf Zugang aus den Reihen der Antirepublikaner.

2. Clemenceau steht augenblicklich in sehr nahen Beziehungen zu der französischen Armeeleitung und würde eine Diktatur des Abels eines Ministerium Briand vorgehen. Das Bemerkenswerte dabei ist, daß man in ernsthaften Kreisen auf der Handlung geneigt ist. Dieser wohl kriegerische Glaube verleiht der Militärpartei innerhalb des Bürgertums viele Anhänger. Diese Art ist kriegerisch und fürchten die rote Revolution.

3. Lord George steht sowohl Bonincares-Brand wie Clemenceau gleich mißtrauisch und ablehnend gegenüber. Die Stimmung zwischen seiner und der Regierung Clemenceau ist nicht als frohig. Die Engländer empfinden es bitter, daß sie von der ersten Stelle an die dritte Stelle hinter Amerika und Frankreich gerückt sind. Es ist daher natürlich, daß in England die Opposition gegen den lebenden Staatsmann im Westen begriffen ist. Wie vermag die Verhältnisse gegenwärtig liegen, geht daraus hervor, daß Lord George den Sir George Clemenceau wünscht, aber gleichzeitig fürchtet, durch einen solchen von der politischen Bühne weggewischt zu werden. Alle Milderlichkeit ist hinsichtlich nach Washington. Heute kann Wilson bestimmen, was in England und in Frankreich Herr sein soll. Er kann beschließen, ob sein Vorschlag immer nur die hier sich bestehenden Parteien betreffen, und die Unterlegenen werden sich nur nach dem Prüfungslos fragen, wenn Amerika die so lange versprochene Hilfe in solchen Mäße leistet, daß sie das Schicksal des Krieges zu Gunsten des Bundes zu wenden vermag. Daran weist man aber bereits wie jemals des Konals.

Neue Verhältnisse in Dublin.

Genf, 24. Juni. Der „Temp“ bringt eine Londoner Depesche, wonach in Dublin in der letzten Woche etwa 80 neue Verhaftungen vorgenommen worden sind. Die Gesamtzahl der Verhaftungen beträgt jetzt über 500. Die Bewegung ist noch nicht unterbrochen. Die Verhaftungen sind in der Befestigung aller verfassungsmäßigen Garantien für Irland die einzige Möglichkeit, die Ruhe wieder herzustellen und Irland als Gefangenzentrum für das britische Reich auszufalten.

Berlin, 23. Juni. Was England in Irland durch die Schärfe seiner militärischen Maßnahmen erreicht hat, geht aus den Auslagen eines Irlands, von den deutschen abgeordneten Hauptquartiers her. Vor ihnen haben sich schon in der Befestigung der Bevölkerung mehr und mehr die Sinnfänger angefüllt.

Aus dem Osten

Prinz Leopold von Bayern in Kiew.

Kiew, 22. Juni. Der Oberbefehlshaber Ost Pring Leopold von Bayern traf gestern morgen in Kiew ein. Er wurde von seinem Bruder Prinz Georg von Bayern zum Besuche Kiews hier ein.

Dresdener Zusammenbruch des Bolschewismus.

Berlin, 24. Juni. Nach Meldungen aus Kiewland deuten alle Anzeichen auf einen neuen Zusammenbruch des Bolschewismus hin. Nach anderen hier eingegangenen Nachrichten ist dieser Zusammenbruch noch nicht so nahe, aber jedenfalls unversehrlich. Die Bolschewiker der Bolschewisten würden ohne eine Stütze von außen, die sich einflußreiche Stellen in einer marxistischen Anordnung an Deutschland hätten, zunächst von einem völligen Marschismus abgelöst werden, den sich die Verbände selbst sicher zuzunehmen machen würden.

Die Moskauer Presse meldet: Der Sowjet in Lando wurde unter der Leitung für die konstituierende Versammlung von den durch Wahlminderungsbeschlüssen Einberufenen vertrieben.

Bevorstehender Generalkrieg.

Wiesl, 24. Juni. Die Wäster Blätter melden aus Helsingfors, daß eine Petersburger Versammlung von Industriearbeitern beschloß, den politischen Generalkrieg gegen das jetzige Regierungssystem zu proklamieren. Die Arbeiter werden aufgefordert, den Streik sorgfältig vorzubereiten, sie fordern die Übertragung der Macht von den jetzigen gewaltigen Machthabern an die Nationalversammlung. Die Eisenbahnarbeiter werden sich dem Streik anschließen. Infolge der gegenrevolutionären Stimmungen wird die Sowjetregierung in der nächsten Tagen den verhängnisvollen Stagerungszug nach auf die meisten größeren russischen Städte ausbreiten. Das Kriegescheitern, das vor einer Woche über Moskau verhängt wurde, ist noch nicht aufgehoben worden. In der großen Fabrikfabrik Sormos ist der politische Generalkrieg gegen die Bolschewisten proklamiert worden. Über den Beginn von Sinesima hat der Sowjet der Stagerungszug nach verhängt.

Schließung der Moskauer Textilfabriken.

Kiew, 24. Juni. Der „Wolga Slow“ meldet aus Moskau, die Sowjetregierung verfiel in Uebereinstimmung mit den Textilfabrikanten, daß ihre Fabriken während des Sommers zu schließen sind. 20 000 Textilarbeiter werden anderen Industriezweigen zugeleitet. Die übrigen, deren Zahl sich auf 10 000 beläuft, werden entlassen. Gleichzeitig wird in einem Auftrage des Kommissars in die rote Armee anfordern, deren Führung verstoppt.

Die Schiffe der Entente fliehen in den russischen Häfen.

Moskau, 24. Juni. Die Ententeverleumdungen antworten auf die Rolle Tschischerins, daß sie ihre Schiffe aus den russischen Häfen nicht entfernen können, da sie zum Schutze der Entente-Truppen und des Materials, die vor dem Roter Armee aufbewahrt werden, vertrieben müßten.

Die Herrschaft der Tschedow-Slowaten.

Die Aolatische Zeitung 'Katholische Wostan' berichtet: Bei der Einmache Samaras wurden die tschichischen Truppen durch die herigen russischen Truppen und besonders die Bevölkerung unterstützt. Die Wostaner jubelten den Tschichowen.

Die Tschichowen der Westbaltischen Legionenangehörigen in Sibirien von Tschichowen und weißer Garde befehligt werden. Die tschichischen Truppen und Soldaten trafen auf Krasnojarsk und Perm vor. Zwischen Tschichowen und Westbaltischen hat ein mehrstädtiger Kampf stattgefunden.

Die ukrainisch-russischen Verhandlungen. Kiev, 24. Juni. In der letzten Sitzung der Friedensunterhändler wurde eine grundsätzliche Einigung über die Bedingungen dahingehend erzielt, in den kritischen Gebieten eine Waffenruhe einzuführen.

Die Kämpfe im Dongebiet.

Kiev, 22. Juni. Der Sieg der gegen den Donaufront gebildeten Sotzjusztruppen befindet sich, wie die Presse mitteilt, in Westkiew an der Bahn Wostok-Sibirien. Die Truppen gehen auf Krasnojarsk vor. Die bei Jaroslavl kämpfenden Truppen werden von einem Heerführer auf über 10000 auf beide Seiten geteilt.

Unfregung im Reichstage.

Von unseren Bekannter Berichtern wird uns geschrieben: Die Rede des Staatssekretärs v. Rühlmanns kam von Anfang an etwas gekübelt und mißdeutet. Sie war nämlich, obwohl es sich um den Kaiserlichen und Kaiserlichen handelte, als Rühlmann sich dem Wesen, der Selbstbestimmung der Völker, den Forderungen des Rechts und des Rechts zuwenden, ging eine Bewegung durch das Haus, aber auch nicht herrliche große Aufmerksamkeit. Es war ein wichtiger Augenblick, denn er sollte die Haltung der deutschen Regierung offenbaren. Soweit fand Rühlmann Zustimmung des ganzen Hauses, wie er sich nämlich mit dem Gegenstand auseinandersetzte und erkennen ließ, daß Deutschland nicht daran denke, ein neues Friedensangebot zu machen. Es ist dann schiedlich die Geister, als Rühlmann den Gedanken ausdrückte, dieser Krieg werde von seiner Partei mit dem Schwerte gewonnen werden. Ueber die 'Kriegsziele' Rühlmanns wolle die Rechte schließlich fortgegangen, da sie sich weiten und dehnen lassen: den Verhandlungen sollte ja vieles überlassen bleiben, aber diese Ansicht, daß unser Schwert, auf das wir die Hoffnung setzen, uns nicht den Sieg erringen werde, schlug wie eine Bombe ein. Die Erregung zeigte sich indessen erst später. Als Groeber für das Zentrum sprach, leerte sich das Haus und in den Worten aller und Gängen begann man das Rätsel zu erwägen. In allen Parteien ist man der Ansicht, daß sich hinter dieser Offenbarung Rühlmanns etwas Neues verbirgt; entweder, so meint man, ist es Rühlmanns Schwanken, sein letztes Ziel, oder tatsächlich habe sich in der Aufzeichnung der führenden Personen Deutschlands ein Wechsel vollzogen, der nach vor einigen Tagen nicht vorhanden war. Man vermutet auch, daß der Reichstages auf bestimmten Gründen nicht das Wort genommen hat. Innerhalb der Regierung geht etwas vor, man weiß nur noch nicht was, und stellt alle möglichen Vermutungen auf. Aber in fast allen Parteien (ausgenommen der Sozialdemokratie, die mit Rühlmann übereinstimmt) verlangt man, wenn auch nicht in der Öffentlichkeit, so doch im Hauptausdruck von Rühlmann eine Erklärung über seine Absichten, die weiteren Siegesbedingungen zu präzisieren lassen. Dieser Teil der Rühlmanns Rede wird unbedingt nach Weiterungen haben, die sich heute noch nicht absehen lassen.

Aus Stadt und Umgebung

Die Kreisynode Merseburg-Stadt tagte Dienstag in der Herberge zur Heimat unter Vorsitz des Syn. Prof. Bihorn. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die kirchlichen und liturgischen Zustände im Bezirke. Besagte, daß eine ausreichende Vertretung für den erkrankten H. Rosenfeld nicht zu beschaffen werden können. In der nächsten Synode wurde über Abendmahltsfeier und Eingelade, über die Verwirklichung der Jugend, Jugendpflege, über die Reformationsfeier und freie kirchliche Volksarbeit gesprochen. Allgemein wurde der Ernst der Zeitlage hervorgehoben, aber doch auch vertrauensvoll betont, daß unsere kirchliche Arbeit nicht verzagt sein darf. Die Synodale Drittel der Hausstelle für unsere Mission mit wieder wie alljährlich dem höchsten Junglingsverein zugewiesen. Vom A. K. Konstitution war den Synoden die Frage gestellt worden: Welche besonderen Aufgaben erheben unsere Gemeinden in Bezug auf Wiederbelebung und Pflege des durch den Krieg verfallenen geschichtlichen Familienlebens? Es ist nach Möglichkeit darauf zu halten, daß zur Zeit nicht die Eltern mitkommen, der Kinderwitwen sind in der Regel zu wenige. Das Familienleben muß in den obliegenden Zuständen aber ohne geeigneten Ersatz stattfinden das oft nicht der Fall. Auch die Mutter gibt dem Familienleben reiche Anregung, aber für die Söhne auch die erstrenkliche, welche immer mehr in Aufnahme kommende Garzarbeit. Von besonderer Wichtigkeit aber ist die Wohnungsfrage. Ohne ein bestimmtes Heim ist ein richtiges Familienleben nicht zu denken. Familienkreise sollten überall angelegt werden! Es gilt freudigste zu bemühen. Arbeiten und nicht verzweifeln! Gewitter, Hagel, Schnee und Sturmstöße. Seit Wochen der Beobachtungen der königlichen Meteorologischen Anstalt, die bis zum Jahre 1848 zurückgehen, war der vergangene Sonntag der kälteste Tag im Juni, der zu verzeichnen ist. Wir hatten im Mittel 1 Grad Celsius, also erheblich weniger als im Juni 1899 mit 11 Grad Celsius. Die Feststellung dieser Tatsache mindert natürlich nicht in geringem Maße die Unannehmlichkeiten, die bis zum Ende Juni dauern, und eben so wenig tröstlich sind die Aussichten für die nächsten Tage. Die werden uns nämlich auch noch Stürme und Regen bringen, und zur Abwechslung wird es täglich ein heftiges Gewitter. In der Nacht und in den Morgenstunden.

was es zum Teil noch schlimmer wie bei uns, denn dort hatte man sogar recht erhebliche Schäden zu verzeichnen. Die sehr langweilige Hitze eine Erwärmung einströmen, und bis dahin heißt es, sich in Geduld fassen. Schneestürme werden aus anderen Teilen des Landes gemeldet, im Harz heißt es am besten hergegangen zu sein. Möglichst einsehende Schneefälle drängen über die Berge dahin, und auf dem Broden liegt zum Teil der Schnee hoch. Das Winternabend in Westbaltischen niedrige Gewitter war mit von Regen gemischten kaltem Regen und heftigen Stürmen begleitet, die nachts und auch noch Dienstag vormittag anhielt. Die Kälte ist nun noch vorübergehend. Der Sturm hat natürlich allenthalben viel Schaden angerichtet, in den Obstbäumen über gehängt und die Spalter mit den reifenden Früchten schlimm mitgenommen. Auch die Fernsprechleitungen hatten ihr Teil abgenommen.

Lebensmilde.

Erhängt hat sich vergangene Nacht in seiner Wohnung der Junold A. Krantz für den alten Mann Lebensüberdrüssig gemacht haben.

Die Ausgabe der Jüder- und Jüder-Zufuhrkarte in der Burgstraße. Der Vorstand des Preussischen Landes-Arztvereins hat an den Staatssekretär des Reichsamt des Innern folgenden Antrag gerichtet: Der Preussische Landes-Arztverein regt die Einführung von Maßnahmen in der Richtung an, daß die Familienärztliche Hilfe für die Kriegsteilnehmer bei Ende des Krieges nicht durch die Entlassung aufhören, sondern für eine zu bestimmende Zeit nach erfolgter Entlassung aus dem Heere zur Erleichterung der Heberführung der Kriegsteilnehmer in die frühere Berufsstellung weitergeleitet werden.

Eine Bekanntmachung der Reichsbedienstetellen über Erleichterung der Lieferung von brennwertigen Verbrauchsgütern durch Drogenhandlungen und andere Kleinhandlungen an Mitglieder von Krankenkassen wird seitens des A. G. Landrats in der vorliegenden Nummer veröffentlicht.

Wider aus Thüringen mit der Werbung werden diese Woche im Kaiserpanorama (Kaiser Wilhelmshalle) gezeigt. Man unternimmt da eine Wanderung durch alle Räume der kaiserlichen Burg und findet alles so natürlich vor, als ob man an Ort und Stelle wärde. Aber nicht allein das Wechsere und Innere der Werbung selbst erscheint in wunderbaren und klaren Aufnahmen vor unserer Augen. Auch die schöne Wartungsanlage Eisenach und die weitere landschaftlich hervorragende Umgebung sind an sich von der Natur so reich gesegneten Thüringer Landes bieten sich in ihrer ganzen Schönheit und gemühten Klarheit den künftigen Beschauern dar. Es muß der Führung des Kaiserpanorama hoch angesehen werden, daß sie gerade diese Seite erwarb und damit der Förderung der Heimatsliebe dienlich. Sollen sich werden nun aber auch ihre diesbezügliche Darbietungen mit entsprechendem Besuch lohnen.

In den Kammer-Verhandlungen gelangt neben einem erstklassigen Programm am Dienstag das fernsehbare Abenteurdrama 'Ein Lebkuchen' zur Vorführung. Der Verband für die Bekämpfung des Simmenthafer Kindes in der Provinz Sachsen beschließt, in den ersten Tagen des Augusts in Halle eine Zug- und Jungschützenaktion zu veranstalten. Wegen Einsparungen verzichten wir auf die Anzeige in der vorliegenden Nummer.

Rechtshilfe- und Rechtswaren-Verein findet am 28. Juni nachmittags von 2-4 Uhr bei Hofmann, Thier Brühlstraße, statt.

Das Wandertagung zum Besten der Ludendorff-Spende ist auf den 1. Juli verlegt worden.

Die Romanistik-Vereinung hat heute aus technischen Gründen zurückbleiben, wir werden andere Leser demnach mit einer Doppelformung entschädigen.

Crepau, 25. Juni. Bei den Kämpfen im Westen erlitt der Feldwebel der Grenadier Paul Caselowski von hier. Erbs seinen Ansehen.

Aus Provinz und Reich

Schulungen für die Weisung. Mecklenburg, 25. Juni. Die Firma Justuswardt u. Buchholt hat aus Anlaß ihres hundertjährigen Bestehens der Stadt für das Kaiser-Friedrich-Museum 30000 Mk. und für das Museum für Natur- und Heimatskunde 10000 Mk. zur Verfügung gestellt. Ferner wird die Firma der Stadt ein von Professor Vogel zu malendes Bild des Generals von Arnim nach dessen Fertigstellung übermitteln.

Großer Waldbrand. Meppenwerde, 25. Juni. Im Jagenschein Ortswald bei Land, der Gemeindefeldbesitzer Landhauer gehörig, wütet ein großer Waldbrand, der auf das Waldgebiet der Oberförsterei Elsterwerde übergegangen ist. Mithilfliche Hilfe aus Trogau und Elsterwerde löst dem Feuer Einhalt zu gebieten.

Wahlrechtsverlehen. Adorf, 25. Juni. Um eine gleichmäßige Heftschwerfverlegung der Bevölkerung bereinigt werden, werden im Herzogtum Sachsen-Adorf Wahlrechtsverlehen in Adorf, Meuselitz, Rodab, Sommerfeld und Hönitzberg in Franken erachtet; jede dieser Wahlkreise trägt für ihren Bezirk.

Ein Mörderische Grundstück. Ruffin, 25. Juni. Die Landgrafschaft wurde ein Grundstück, in dem der Sage nach der Schindler der Landgrafen harrigemüht haben soll, ging durch Kauf in den Besitz der Stadt Ruffin (Grafenberger Anteil) über, die es zum Rathausbau verwenden will.

Schwerer Einbruch. Kassel, 24. Juni. Ein großes Raubverbrechen in der Adolfsstraße wurde von Einbrechern ausgeführt. Vorwiegend wurden Uhren, Gelder, Schmuck und Kleider. Auf die Ergreifung der Diebe wurde eine Belohnung von 3000 Mk. ausgesetzt.

Gegen Schleichhandel und Konterze. Bad Elster, 25. Juni. Durch das A. G. Schöffliche Ministerium des Innern ist in Bad Elster eine Nebenstelle der Zollzugsabteilung des Kriegswarenamtes eröffnet worden, die mit der Aufsicht über die Einfuhr von Waren in die Provinz Sachsen zu tun hat.

Appus-Erkrankungen. Neuburg, 25. Juni. Vor einiger Zeit entstanden infolge Genusses von Wasser aus dem Brunnen der Wäldchen Brunnen ein Appus mehrere Personen, von denen jetzt im Krankenhaus drei gestorben sind. Dem den in dem Brunnen Wasser enthaltenen Mangan ist Schuld daran zu sein.

Engländer in Polen.

Garbelegen, 25. Juni. Ein eigenartiger Fund wurde dem höchsten Staatsanwalt zwischen den Offizieren gemacht. Es wurden dort zwei Kartons aufgefunden, die identisch aus einem Jünger herausgeworfen waren, und beim Öffnen stellte sich heraus, daß für Jünger aus 5000 Reichsmark in Gold und Silber bestand. Es wird vermutet, daß ein Gliedhändler der Kartons bei der Annahme, sie enthielten Lebensmittel, gelassen hat und so als er sich getraut hat, aus dem Jünger war.

Entdeckung eines geheimen Seifensiebers.

Leipzig, 25. Juni. In einem verborgenen Niederlage raum entdeckte die hiesige Polizei eine umfangreiche Seifensiedererei. Ein schon mehrfach wegen Seifensiederhandels verurteilter Seiferer stellte in dem Raum 'Auslandseife' her. Er verfügte über die besten Hilfsmittel und schien einem gewöhnlichen Seiferer gehort zu haben. Um seiner Ware einen vornehmen Anstrich zu geben, hatte er die Seife mit dem Zusatz 'Savon fin, Dupont & Co., Bruxelles' versehen.

Ergeblicher Sommerfang.

Gotha, 25. Juni. Ein ergeblicher Sommerfang glückte vor einigen Tagen in Gersdorf. Dort war es den Einwohnern seit einiger Zeit angekommen, daß fast regelmäßig jeden Abend ein großes Leuchten durch den Ort gefahren kam, das in der Nacht in klarer Polarlichter glänzte. In einer der letzten Nächte legten sich einige Leuchtensommer mit dem Gedanken an die Gauer. Die Entdeckung wurde durch Quersellen eines Leuchtensommer geparkt. Gegen Morgen kam das Auto in klarer Polarlichter, das her, mußte aber vor dem Hindernis halten. Es wurde nun untersucht, und man entdeckte in seinem Innern ungefähr 30 Mr. Gold und Silberstücke, ferner fand man noch ein ganzes Leuchten Sommer. Der Fund hatte einen Wert von ca. 4000 Mark. Er wurde beschlagnahmt, worauf das ganze Leuchten Sommer seine Reise fortsetzte.

Kommunales.

Weimar, 25. Juni. In der Gemeindevorstandssitzung gab es zunächst eine Erinnerungsfahrt aus Anlaß des 100. Geburtstages des Großherzogs Karl Alexander am 24. Juni. Dort beschloß die Gemeinde mit der Wohnungsortung, die die heutigen Verhältnisse angepaßt ist, und mochte diese einmütig an. Auch bewilligte man den Betrag von jährlich 25000 Mk. für die angestrebte Wohnungsortung. Zum Ende der Sitzung spendete die Gemeinde 2000 Mk. für weitere Feuerungsarbeiten an hiesige Beamte, die damit den Staatsbeamten gleichgestellt werden, wurden 43614 Mark bewilligt.

Von der Jüderfabrik.

Camburg, 25. Juni. In der geführten Generalversammlung der Jüderfabrik wurde mitgeteilt, daß der Reingewinn im letzten Abrechnungszeitraum 125000 Mark und 12 Prozent Dividende zur Verteilung kommen können. Neben der Anlage zum Schmelzen und Raffinieren soll nun auch eine Gießerei errichtet werden.

Zur Hebung der Müllstadt.

Luchlinburg, 24. Juni. In der letzten Stadtvorstandssitzung wurden 30 000 Mark für Beschaffung neuer Müllbehälter und 5000 Mark für Erwerb alter Müllbehälter zur Hebung der Müllstadt bewilligt.

Stiftung für den Bau von Kleinwohnungen.

Altenberg i. Sa., 24. Juni. Eine Stiftung für den Bau von Kleinwohnungen in Höhe von 60 000 Mark wird der Stadt beider A. G. vom dem Stadtrat überwiehen. Mit dem Kapital sollen auf höchstens 100 Kleinwohnungen mit Gärten für 5 bis 6 Kriegsteilnehmer errichtet werden. Darunter soll der Stadtrat noch Land für 10-12 Einfamilienhäuser zur Verfügung haben, dessen Bebauung der Stadtrat in Aussicht stellt.

Wettervorausage

Zeitweise aufklarend, tagsüber etwas wärmer, Regenhafter, schwache Gewitter.

Englands Druck auf Irland.

Berlin, 25. Juni. Der 'Reichs-Anzeiger' wird aus London gemeldet, in der Sache wird ein Brief eingeleitet, die dem demnächstigen Irland die Rechte aufzuheben soll. England hofft, von England, der Irland, China und Eibirien aus Irland zu ziehen, daß sich jede Nahrungsmitteleinfuhr abgelehrt werden, daß es sich dann auf Guano und Lignite den englischen Bedrücker zeigen möchte. Unterdessen ist im englischen Unterhaus seit einiger Zeit die Bewegung im Gange, die Regierung um den Bau von Eisenbahnen zu veranlassen, in dem die Eisenbahnen in Irland befristet war. Die Antragsteller behaupten, der frühere englische Kolonialminister Buchanan, der durch seine Tätigkeit in Petersburg nachweislich auf die Ausbreitung der Revolution beigetragen habe, durch falsche Information irregeführt wurde und die englische Regierung veranlaßt habe, gleichfalls falsche Wege in ihrer russischen Politik zu befolgen. Buchanan gibt zu, daß der russische Botschafter in Petersburg mit den russischen Agenten in Verbindung gestanden und auch an Beförderungen mit ihnen vor dem Sturz des Zaren teilgenommen habe. Die Regierung hat sich einwilligen gewillt, in eine Enttarnung der Angelegenheit einzutreten.

Notterdam, 24. Juni. Telegramm aus Washington melden, daß der Druck der Willkür in der amerikanischen Regierung um Unterstützung in der überirdischen Interventionen immer stärker werde. 'Randolph Guardian' will sogar wissen, daß Wilson zu einer solchen Intervention in Eibirien jetzt keine Zustimmung gegeben habe. Ein 'Exchange'-Telegramm meldet, daß die Wahrscheinlichkeit einer überirdischen Intervention immer näher rückt.

Politische Enttäuschung der Deutschen in Polen.

Warschau, 25. Juni. Das dem polnischen Staatsrat vorgelegte Gesetz über den polnischen Landtag und die Wahlbedingungen dazu enthält Bestimmungen, die über das ganze Land verstreute deutschstämmige Bevölkerung Polens von jeder parlamentarischen Beteiligung aus schließen. Der Generalgouverneur brach hiergegen zum Ausdruck, daß er erwartete, daß es in einem mit der polnischen Regierung und dem Staatsrat möglich sein werde, in den kommenden Beratungen die Entwurfsprojekte umzugestalten, daß auch der deutschstämmige Widerstand in Polen eine parlamentarische Beteiligung gestattet werden sollte.

Die Nacht aus Paris.

Paris, 24. Juni. Nach Nachrichten aus Paris berichtet der 'Tempo', daß die Vorbereitungen für den Empfang der 100 000 Personen aus Paris fortgeschritten zu sein.

Beilage zu Nr. 147 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Wittwoch, den 26. Juni 1918.

Das Gesetz des Handelns.

Schon Friedrich der Große erblickte das Wesen überlegener Strategie darin, dem Feinde das Gesetz des Handelns aufzuerlegen; und zwar möglichst durch die ersten Schläge, die dadurch entscheidend für den Verlauf aller weiteren Operationen werden sollten und mühen. Diese alte Lehre hat noch heute ihre volle Gültigkeit; sie ist sogar mit den immer wachsenden Ausmaßen des Weltkrieges an Bedeutung gestiegen, so daß gerade im augenblicklichen Stadium des Vorkriegens dieses Gesetz des Handelns eine für den Embausgang entscheidende Rolle spielt. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir die Vorgehensweise und Erfolge unserer bisherigen Offensive zu werten; denn sie haben uns jenes Gesetz des Handelns in die Hand gebracht, dem Feinde seine Freiheit des Handelns genommen.

Es ist daher auch angebracht, sich die Ereignisse an unserer Westfront einmal kritisch zu betrachten, um zu sehen, wie unser Wille den Feind zu seinen Maßnahmen zwang und sein Handeln in unsere Fesseln schlang.

Dieser Kampf begann mit der Großen Schlacht in Frankreich, lehte sich dann in der Schlacht bei Amiens ein, an der uns und um den Keimel fort, um unermüdet an ganz anderer Stelle — am Demenweg — den dritten Schlag auszulösen.

Alle diese Schläge glückten und wurden in ihrer Auswirkung bis an die Grenze des operativen Raumes und weitbeyond dem Feinde verschoben, daß die innerwärts dieser Angriffsansätze befindlichen feindlichen Kräfte einschüchtern und Kriegermaterialis so gut wie vernichtet wurden. Der Feind mußte nicht nur diese Kräfte zu ersetzen suchen, sondern auch die durch die fortwährende vorrückenden Einwirkungsbereiche bedeutend vergrößerten Frontabschnitte durch neue Kräfte stützen und halten — also erneute Kräftevermehrung, die durch unser Handeln erzwungen wurde.

So schufen die verschiedenen Stadien unserer Offensive bis jetzt eine Reihe sich folgendermaßen entwickelnder Zwangsfragen für den Feind, die er nur mühsam durch teilweise Ausfälle, geboren aus der Not der Stunde, parieren konnte und die seine vorher aufgespeicherter Kraft — die strategischen Reserven — an bestimmte Frontabschnitte festsetzten; so züchtete wieder durch den Angriff unseres Konzentriertes am Demenweg und den Herabzug als unmittelbare Folge ausgefallener Kampfkräfte der Fronten. So stellt sich der gesamte bisherige Offensivkampf an unserer Westfront als ein Ringen um das Gesetz des Handelns über die Masse dar — und dieses Ringen haben wir gewonnen. Die feindlichen Reserven sind gefesselt und unter unsern Zwang gestellt, die feindlichen Kräfte sind geschwächt, wir besitzen das Meiste. Und das ist für den Fortgang der Ereignisse ausschlaggebend.

Nun hat dieses Gesetz des Handelns sich herübergegriffen nach dem bisher von den Ereignissen dieses Jahres ziemlich ununterbrochen geführten Kampf der feindlichen Front, nach Italien. Dort war noch eine gewisse Bewegungsfreiheit der Feinde geblieben, die sich ja in der Abgabe mehrerer italienischer Divisionen an Frankreich äußerte. Auf Grund dieser Bewegungsfreiheit vermahnt man hier und da Stimmen aus dem feindlichen Auslande, die einer italienischen Offensiv mit Unterstützung der übrigen Mächten das Wort redeten — weil eben jenes Gesetz des Handelns in Italien noch nicht vergeben war. Wirklich erfolgte nun dadurch gewisse Rückwirkung auf die übrige Westfront.

Gleichzeitig, ob an dieser Ostfront die Westfront vor nicht, der österreichisch-ungarische Vordruck in breiter Front vom 15. Juni hat diese Bewegungsfreiheit dieses Entsetzlichen aufgehoben und wird auch die Initiative an sich gerissen; daß dies nur auf wieder breiter Front unter Einsatz starker Kräfte möglich war, ist klar; denn sonst wären die starken Gegenmaßnahmen der Italiener gar nicht ausgefallen worden und Bindung und Festigung der italienischen Front nur unvollkommen geblieben.

Dieser Zweite — und das ist in der augenblicklichen Lage das strategische Maßnahme — ist erreicht worden.

Weshalb für unsere Genossenschaft ist, daß nunmehr abermals an der feindlichen Westfront das Gesetz des Handelns in der Hand der Mittelmächte ruht. Die Folgen werden sich zeigen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 24. Juni.

Am Bundesratspräsidenten Reichsanwalt Graf v. Hertling, Reichsanwalt v. Wagner und Staatssekretär v. Rühlmann.

Der Reichstag ist sehr gut besucht.

Der Reichstag hat heute zunächst einige Mitteilungen und teilte unter anderem mit, daß der Reichstag, wenn die weiteren Verhandlungen einen glatten Verlauf nehmen, am 13. Juli in die Ferien gehen könne.

Abg. Prinz v. Schönau-Carolath (Nat.) referierte als Berichterstatter über die Verhandlungen des Ausschusses über den Reichshaushaltsplan.

Darauf nahm als erster Redner Staatssekretär von Rühlmann

das Wort. (Seine Ausführungen haben wir an anderer Stelle wiedergegeben.)

In der folgenden Debatte spricht als erster Abg. Gröber (Zent) über die Disziplin. Ob die russische Gesetze durch die Revolution beeinträchtigt ist, erachtet er zweifelhaft. Auf die glückliche Lösung der politischen Frage muß in unserem Interesse das größte Gewicht gelegt werden. Vor allem muß die polnisch-russische Grenzstrategie geklärt werden. Die Antwort werden wir Gesandte beenden. Es gewinnt man hier Herzen und. Die deutschen Völker wollen sich uns anschließen. Da darf die Heimat nie nicht zurückfallen. Friedensangebote sind genug gemacht worden. Wir sind bereit, uns in die Entscheidung des schicksalhaften deutschen Schicksals zu erlassen.

Abg. Dr. Domb (Soz.). Der Frieden mit der Ukraine sollte ein Kräfteverhältnis sein. Aber weder Brot noch Frieden ist uns geworden. Die Friedensresolution des Reichstages ist noch nicht befreit. Sämtliche Reichsgesandtschaften haben gezeigt, daß das deutsche Volk für einen Verständigungsfrieden im Indirekt hat Herr v. Rühlmann sich auf diesen Standpunkt gestellt. Er sollte es aber klar aussprechen.

Abg. Graf Westphal (Kons.). Mit einiger Evidenz erkennen

bare Grundlagen für die kommende Entwicklung in Russland sind nicht vorhanden. Die Revolution hat nur erreicht, daß die Ordnung dahin ist. Jetzt und der Krieg als Ausübungskrieg tobt, ist unsere Politik lediglich darauf einzustellen, den Krieg auch im Westen zu beenden. Auch wir müssen mit dem künftigen Polen in freundschaftlichen Beziehungen zu leben. Eine polnisch-österreichische Personalunion halten wir nicht für gut. Die Offizierkorps müssen unter deutschen Einfluß verbleiben, will man verhindern, daß England die Beherrschung der Ostsee. Ein starkes Polen könnte ein Vordringen des englischen Einflusses von der Murmanbahn her eindämmen. Wir brauchen eine feste Politik namentlich auch hinsichtlich der Verhandlungen für einen künftigen Frieden nach Westen hin. Wir müssen uns sichern und dazu brauchen wir Belgien und Finnlands Küste. Wir sind nicht wie der Staatssekretär der Meinung, daß es außer der Integrität unseres Landes nichts gibt, über das nicht verhandelt werden könnte. Unsere Statistiker sind um andere werden geschaffen. Die Worte des Staatssekretärs werden als neues Friedensangebot angesehen. Zeigen die Feinde nicht den Willen zu Verhandlungen, so müssen sie dazu gezwungen werden durch unseren Sieg, und der wird erfochten werden.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr vorgetragen.

Der Hauptanstoß über den Frieden von Bukarest.

Berlin, 24. Juni.

Der Hauptanstoß des Reichstages nach, wie bereits von uns kurz gemeldet, den deutsch-rumänischen Friedensvertrag in Beratung und beschloß auf Vorstoß des Vorkämpfers Abg. Ebert, die Aussprache über den politischen Teil vorweg zu nehmen, die wirtschaftlichen und rechtspolitischen Fragen folgen zu lassen. Vom Zentrum liegen zwei Entschlüsse vor:

1. Bei der Ausführung des Friedensvertrages von Bukarest sind notwendig werdenden Abmachungen mit Rumänien durchzuführen, daß Rumänien eine ausreichende Sühne und Genugtuung für die unumkehrliche Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen leistet.

2. Bei Ausführung des Abkommens über die rumänische Petroleumindustrie sämtliche deutsche Petroleum-Raffinerien gleichmäßig nach ihrer Leistungsfähigkeit zu beschäftigen und die berechtigten deutschen Wirtschaftsinteressen hierbei zu berücksichtigen.

Staatssekretär v. Rühlmann leitete die Aussprache mit vertraulichen Ausführungen über die Dynamikfrage und die Parteipolitik ein und führte u. a. aus:

Die schwierigsten Fragen des Friedensschlusses waren die territorialen Fragen. Alle drei Verbündeten hielten es einstimmig für billig und recht, die von den verbündeten Truppen besetzte Nordbalkanhalbinsel später leichtfalls an Bulgarien fallen zu lassen. Dabei bestanden zwischen der Türkei und Bulgarien gewisse gegenseitige Interessen, welche die Behandlung der so heißen Frage vorweg erscheinen lassen. Der Vorschlag des Rumänieninsistens von der Türkei und von Bulgarien ausgegangen. Die österreichisch-ungarischen Interessen in dieser Beziehung haben in der deutschen Debatte nicht zum Ausdruck gekommen. Die Türkei hat hervorgehoben, daß ihre Kriegsentscheidung in Götter verlagert haben. In den Anweisungen an unsere Unterhändler war eine solche Kriegsentscheidung in Geld nicht vorgesehen. Die Stellen, die vor der Entscheidung der Anweisung durch den Reichsanwalt gehört worden sind, waren offenbar zu der Erkenntnis gekommen, daß die Sicherung von realen Naturalleistungen dem deutschen Interesse höher zu stehen als eine Kriegsentscheidung in Geld. Die Rumänien muß aber noch recht erhebliche Leistungen auch in Geld an Deutschland gewähren. In seiner Rede beim Reichstag aus Anlaß des Friedensschlusses sprach Generalmarschall von Walden davon, daß es oft das Wort gebraucht würde, die Diplomaten hätten verstanden, was das Schwert erlangen habe. Diesmal aber müsse er aus seiner eigenen Kenntnis heraus sagen, daß die Rede des Marschalls nicht gelte, was das Schwert erlangen habe. Die Hoffen, die die rumänischen Verbündeten der Sachlage diesem Urteil anschließen können.

Nachdem noch Abg. Dr. Müller-Meiningen (F. Vp.) darauf hingewiesen hatte, daß wir die Interessen Bulgariens unter allen Umständen stützen müssen, und nachdem er auch auf die Notwendigkeit hingewiesen hatte, die Zukunft der deutschen Kolonien in Westasien sicher zu stellen, verlagte der Hauptanstoß die Weiterberatung auf Dienstag.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Ein Reichs-Kriegertagesgebot.

Der Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Kriegsgenossen hat am 24. Juni, als er den Reichsanwalt eine Eingabe gerichtet, das Anhalten; Es sollen rechtsgültigen Grundlagen für die Zurückführung der in ihrer wirtschaftlichen Existenz schwer geschädigten Krieger geschaffen werden, es genüge also nicht, diese Hilfsmassnahmen der privaten Wohltätigkeit, kommunalen oder behördlichen Verwaltungsmaßnahmen zu überlassen. In einer der Eingabe beigefügten Denkschrift, von dem Verbandsleiter Dr. W. Adelig verfaßt, wird ein ganzes System für den Aufbau eines solchen Hilfswesens dargestellt. Daruntergewinnung, Arbeits- und Arbeitsmittel-Versorgung, Stellenbeschaffung, etc. wird behandelt, jedoch immer unter dem neuen grundlegenden Gesichtspunkt, daß diese Hilfsmassnahmen durch Reichsgesetz geregelt, die Mittel durchs Reich zur Verfügung gestellt werden sollen und das Reich das Hauptprivileg des Auslaufes zu tragen habe. Namhafte Wirtschaftsverbände haben die Eingabe bereits mitunterzeichnet.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Berlin, 24. Juni. Der Arbeitstakt des Reichstages hat heute beschlossen, die Sitzungsdauer um eine Woche, bis zum Freitag, den 12. Juli, zu verlängern. Falls bis dahin der Ausschuss zur Beratung des Branntweinmonopols die Vorlage nicht an den Reichstag übergeben hat, soll er keine Beratungen weiterführen und nach dessen Absicht der Reichstag für einige Tage zusammenbrechen und das Branntweinmonopol in zweiter Lesung und der gesamten Steuerordnung in dritter Lesung erledigen. Der Haushalt des auswärtigen Amtes und der Reichsanwalt sollen bis Mittwoch einschließlich in zweiter Lesung erledigt, die folgenden Tage, Donnerstag, den 27. Juni, bis einschließlich Dienstag, den 2. Juli, der zugewandte Sonntagabend bleibt als festlicher Feiertag stehen, wobei der Reichstag für ein bis drei Wochen geschlossen werden. Vom Mittwoch, den 3. Juli, bis Sonnabend, den

6. Juli, soll der Haushalt in dritter Lesung erledigt werden, die beiden Militärgepäck-Regelungen und das Militärpensionsgesetz, den 8. Juli, bis Freitag, den 12. Juli, werden Steuererlasse und der Bericht des Ernährungsamtsberaters

Ausland

Ausscheidung des österreichischen Reichsrats?

Wien, 24. Juni. Das „Fremdenblatt“ meldet, daß man nach dieser Woche mit der Ausscheidung des Reichsrates rechnen habe.

Seldier bleibt?

Wien, 24. Juni. Wie dem „Wiener Fremdenblatt“ zufolge beabsichtigt die Regierung, Seldier zu behalten, als sich er annehmen, Dr. v. Seldier als Ministerpräsident mit dem Amt übergeben wird. Wie weiter verläuft, soll Seldier für den Fall, daß die Leitung des Hauses als unmöglich herausstellen sollte, mit dem Reichsrat ausgetauscht sein.

Nach einer anderen Wiener Meldung soll ein Ubergangskabinet gebildet werden, an dessen Spitze der Eisenbahnerminister Bank aus treten soll.

Wortling und Burian an die Warschauer Regierung.

Warschau, 24. Juni. Anlaßlich der Eröffnung des polnischen Staatsrates brachte der Reichsanwalt Graf Hertling, sowie der österreichisch-ungarische Minister Graf Burian dem polnischen Ministerpräsidenten ihre herzlichsten Glückwünsche und Wägen die Verhandlungen des Staatsrates, brachte Graf Hertling dem polnischen Reichsanwalt die herzlichsten Glückwünsche mit. Graf Burian erklärte, daß er nach Kräften den Aufbruch des polnischen Staates unterstützen werde trotz der verschiedenen Schwierigkeiten. Er habe die begründete Hoffnung, die Verhandlungen des Staatsrates, welche einen freien Polens zu Ziele haben, infolge der zwischen den Regierungen Österreichs und des deutschen Reiches im Gange befindlichen Verhandlungen eine Grundlage geschaffen wird, auf der das polnische Volk selbst über die Zukunft Polens mitentscheiden können einer Weise, welche seine Größe und sein Wohlergehen sichert.

Die Freiheit der Meere.

So weit auch die Ansichten über die zu erstrebende Kriegsziele auseinandergehen, über eins sind alle einig — die Freiheit der Meere muß unbedingt herbeigeführt werden. Wer was hat? Auf englischer Seite wird behauptet, das sei längst b. Fall. Haben wir nicht ein internationales Seerecht, das alle Dinge noch einige Jahre aufweist, während, die nur wegen des Einpruchs Englands noch nicht geschlossen sind? So hat England abgelehnt, auf das Recht, neutrale Schiffe auf hoher See nach Belieben zu untersuchen, zu verhaften. Wir erlauben uns noch, als 1900 unsere großen Dampfer an der ostafrikanischen Küste sich mühen unterziehen lassen und die Engländer am Redden Anlegematerial, das für unsere Kolonien bestimmt war, beschlagnahmt hätten. Man baute in Deutschland Schiffe, um nicht jeder Willkür ausgesetzt zu sein. Die Gesetze Englands über die Freiheit der Meere sind nicht geschlossen ohne festzulegen, welche der inneren Wasserstraßen eines freien Polens zu Ziele haben, infolge der zwischen den Regierungen Österreichs und des deutschen Reiches im Gange befindlichen Verhandlungen eine Grundlage geschaffen wird, auf der das polnische Volk selbst über die Zukunft Polens mitentscheiden können einer Weise, welche seine Größe und sein Wohlergehen sichert.

England hat jedoch auf die Meere mit einem sehr hohen Schutzpunkt überlegen. Wer kann sie alle aufheben: Gibraltar, Malta, Fern, Solofara, Singapur, Jamaica, Bermuda sind etwa die wichtigsten. Hier finden die englischen Flotten ihre festen Stützpunkte. Und bricht ein Krieg aus, so wird gewissermaßen der Belagerungsstand über alle Meere verhängt und jeder Verkehr auf den angeblich freien Meeren ist auf gute Willen der Engländer angewiesen. Was es mit diesem guten Willen auf sich hat, davon wissen die Neutralen ein Lied zu singen. Sie müssen sich Kontrollen ihres Handels gefallen lassen, die noch vor kurzem ungläublich erwiderten wären, müßten ihre eigene Handelsflotte den Briten zur Verfügung stellen, um nur nicht ganz von der Handelssee verdrängt zu werden. Das von den Engländern anerkannte Seerecht verwarf allerdings derartige Übergriffe gegen die Neutralen, aber wie dort früher sagt: „Im Krieg ist kein Völkerrecht.“ Englands hat die Macht, die Freiheit der Meere stets so zu handhaben, wie es seinem Bedürfnis entspricht, mag sonst zu Grunde gehen, wer will!

Darf das so bleiben? Unter Reichsanwalt Graf Hertling hat wiederholt ausgesprochen, daß wir alle unsere Kaufleute selbst die handelsliche Küste gern herausgeben würden, wenn England keine Zwangsungen aufhört, also Gibraltar an Spanien, Malta an Italien usw., nämlich entsetzt, abtritt. Andere haben Beschränkung aller Kriegsschiffe auf die Küstenverdrängung verlangt, eine Anzahl kleinerer Kreuze aller Staaten würde genügen, um ein Wiederanstehen der Seeberei zu verhindern, die selbst an den Küsten Europas noch blüht, als z. B. der Senat von Hamburg dem Sultan von Marokko eine hohe Summe zahlte, damit er die handelsliche Küste abtritte.

Ein solches Kriegsgesetz — aber England verachtet es. Am Generalrat, der Reichsversammlung gegenüber, die Zahl der Schutzpunkte nach zu vernehmen. Außerdem gegenüber der Darbottenden Meerestrossen am Eismeer ist fast in seiner Hand, und schon streckt es die Hände nach Island aus, denn erst die Verfestigung der Nordsee bequem durchzuführen. Nur der Gewalt wird es weichen, nur der Niederlage im schwereren Kampf. Wir müssen weiter kämpfen.

Aus Stadt und Umgebung

Magistrats-Beschlüsse.

Der nächsten Stadtvorordnetenversammlung liegen folgende Magistrats-Vorlagen zur Beschlußfassung vor: Der Antrag beim Ausschuss der Volkshilfe Teil II Nummer 2 wird um 607,50 M. in Ausgabebudget vermindert. Der Verteilungsplan des Bedarfs der Ruhegehaltskassen für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen des Regierungsbereichs Merseburg war bei Aufstellung des Haushaltsplanes noch nicht ausgearbeitet. Die Höhe des Haushaltsplanes gründet sich auf die bisherigen Zahlen. Nämlich bezug der Verteilungsplan vor und weist für Merseburg einen Betrag von 7155 M. auf. In den Anträgen für die Volkshilfe Teil II Nummer 2 und dem gleichen Antrag für die katholische Volkshilfe und Haushaltsplan sind zusammen 6547,50 M. ausgewiesen. Der fehlende Betrag ist nachzubewilligen, was dem Magistrat überlassen wird.

Die Ausgabeauswahl der Kinderbewahranstalt der Hildenburg wird in Abs. 1-3 und 6 eine Veränderung von 988,21 Mk. als Ausgabeauswahl bewilligt. Die im Haushalt vorgesehenen Mittel reichen aus den in der Vorlage ersichtlichen Gründen nicht aus, weshalb eine Verärgerung des Ausgabeauswahls beantragt wird.

Für den Ausgabeauswahl der Kinderbewahranstalt der Hildenburg sind in Abs. 1-3 und 5-7 eine Veränderung von 988,21 Mk. als Ausgabeauswahl bewilligt. Die im Haushalt vorgesehenen Mittel reichen aus den in der Vorlage ersichtlichen Gründen nicht aus, weshalb eine Verärgerung des Ausgabeauswahls beantragt wird.

Die Aufgaben der Landtreibe.
Der Vorstand und der Verwaltungsrat des Verbandes der Preussischen Landtreibe trafen in Berlin unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherrn v. Schorlemer zur Sitzung zusammen. Anwesend waren Vertreter der Kreisverwaltungen aus allen Provinzen, einschließlich Hohenzollern, darunter auch Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen als Landrat des Kreises Franckenstein. Zur Erörterung standen besondere Fragen der Volkshilfe. Es wurde betont, daß eine klare Regelung unbedingt zu befehlen ist. Soweit eine doctordliche Tätigkeit erforderlich ist, muß die Volkshilfe gemeinsame Einrichtungen sein, deren Nutzen sich aus den besten Verhältnissen heraus natürlich entwickeln muß und deren Fortschritt in keiner Weise die Wirtschaftlichkeit der freien Volkshilfe beeinträchtigen dürfte. Im Hinblick hierauf wurde die Frage der Jugendämter erörtert. In den Dienst des bürgerlichen Verkehrs will sich der Verband mit aller Kraft stellen. Weiteren Raum nahm sodann die Behandlung der Kriegesbeschädigtenfrage ein. Im Hinblick auf deren Verhaltung fand auch Bericht des deutschen Kriegesbeschädigtenvereins unter dem Vorsitz Herrn von Scholten eine eingehende Besprechung der damit zusammenhängenden Fragen zwischen dem Vorstand des Kreisverbandes und verschiedenen Vertretern des Bundes statt.

Sammelt Obstruktion zur Fortgewinnung.
Die Aktien sind reich. Beseitigt nicht die Rente zur Folgezahlung zu sammeln und der nächsten Schule oder Sammelstelle abzugeben. Diese Rente erfolgt besonders an die Hausfrauen, die Obst einbringen und einbringen. Das Obstruktion ist ein wertvolles Speise- und sehr raffines zur Erzeugung von Marmarone verwendet, deren Herstellung heute als Ergänzung der Nahrung für die allgemeine Verbesserung der Bevölkerung mit Speisekosten von größter Wichtigkeit ist. Jeder Obstruktion enthält einen Tropfen des kostbaren Oeles. Deshalb werfe niemand Obstruktion auf die Straße, sondern bringe jeden Teil dazu bei, daß diese heimliche Oelquelle raffines unserer Volkswirtschaft erschaffen werden kann. Die Sammelstellen verlangen für das Abtragen trockener Obstruktion 10 Pfennig. Jeder Kern ist wichtig! Jeder Kern!

Größe von der Fahrt nach der Gassilou.
Wir erhalten folgende Zuschrift mit der Bitte um Aufnahme: Allen Merseburgern senden von der Fahrt nach Raumburg (4 Tage) herliche Grüße Rudolf Biermühl, Otto Düns, Kurt Haber, Martin Gersch, Willy Heide, Alfred Wiese, Otto Dörfer, Schmidt Raumburg, 6. April 1918. W. Weber, Werner Hoffmann, Erich, Bahnemann, Kurt Treiber, Ludwika Dörschner.

Auswahl des Submissionsweises.
Der Leiter des städtischen Bauamtes in Rassel, Gehalt 50 Pfennig, hat die Erklärung abgegeben, daß künftig alle Arbeiten für das Stadtbauamt nicht nur im Wege der Submission, sondern auch dem am geringsten Preise vergeben werden sollen. Zu allgemeiner Nachahmung empfohlen.

Der Antrag zum Lehrerinnenberuf.
hat trotz wiederholter Warnung auch in neuerer Zeit an. Die Verhandlungen um Aufnahme in die Seminare überdauern die anstehenden Wahlen um ein reichliches. Auch die Zahl der Philosophie studierenden Frauen, deren Zahl die Aufnahme des Oberlehrerinnen-Examinens ist, steigt von einem Semester zum anderen.

VII. Nachtrag
zu den Satzungen der städtischen Klassen zu Merseburg vom 29. Juni 1900, geändert unterm 22. Juni 1900.
Der 4. Absatz des § 21 der Satzungen in der durch den VI. Nachtrag vom 13. April 1915/16, April 1915 festgesetzten Fassung erhält folgenden Wortlaut:
4. Die städtische Sparkasse kann den Scheckverkehr in Verbindung mit Depositionen- und Kontokorrentverkehr und auf Sparguthaben gemäß der im Ministerial-Erlass vom 20. April 1900 angeführten gesetzlichen und geltenden Ausführungs-Vorschriften einrichten.
Merseburg, den 19. Februar 1918.
(Siegel).
Der Magistrat.
ges. Herrsch. ges. Dr. Moschak.
II. 118/18. Merseburg, den 25. Februar 1918.
Die Stadtverordneten-Versammlung.
ges. Kolbe. H. Fraunheim. Ewald. Gense. Goltz.
Vertrag:
Magdeburg, den 30. April 1918.
(Siegel).
Der Oberpräsident.
Im Auftrag: ges. von Helm.
Nr. 4055. O. P.
Beöffentlichung:
Die vorstehende Kündigung tritt mit dem 1. Juli 1918 in Kraft.
Merseburg, den 15. Mai 1918.
Nr. II. 105/18.
Der Magistrat.

anderen reich empfohlen. Es ist unter diesen Umständen angebracht, darauf hinzuweisen, daß zurzeit im Preußen mehr als 11 000 stellunglose Lehrerinnen vorhanden sind.

Der neue Geschäftsführer des Preussischen Schiedsgerichts.
Der in Berlin vermittelte gewesene Hauptanführer des Preussischen Schiedsgerichts wählte an Stelle des als Oberbürgermeister nach Eisenhausen Stadtrats Dr. Lurker in Berlin den Bürgermeister Salm-Bodum zum Geschäftsführer.

Aus der Gussart Adolf-Beck.
Aus Anlaß der am 25. Juni in Halle stattfindenden Jahresversammlung des Gussart Adolf-Beck Hauptvereins geben wir einige Angaben über die Tätigkeit des Gesamtvereins. Seit seiner 1882 erfolgten Begründung sind bis Ende 1916 Unterstützungen gemäß worden im Gesamtbetrag von 64 300 Mk. Es sind unterstützt worden an evangelischen Gemeinden in Preußen 2372 im kaiserlichen Reich 1565, in Oesterreich-Ungarn 1726, in sonstigen Ländern 878 Gemeinden. Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß der Gussart Adolf-Beck, der bisher unterdessen Evangelische jeder Nationalität unterstützt hat, zurzeit, von wenigen Ausnahmen in Oesterreich-Ungarn und Belgien abgesehen, nur noch rein in den deutschen Reich 1165 Gemeinden mit 720 713 Mk. in Oesterreich-Ungarn 673 Gemeinden mit 477 290 Mk. im Ausland 86 Gemeinden mit 223 560 Mk. unterstützt.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt im Mai 1918.
Nach Mitteilung des Arbeitsnachsehendes Sachsen-Anhalt hielt die Nachfrage nach gelerntem und nicht gelerntem Personal in der Industrie und im Handwerk allgemein an. Die Nachfrage war sehr knapp und lebhaft bei den Jugendlichen an wenigen Orten nennenswert. Lehrlinge konnten, soweit die Vermittlungsmittel, nicht an den Lohnansprüchen ihrer Eltern oder Stellen als Landwirte vorgezogen wurden, zum Teil dem Bauwesen, vereinzelt auch der Landwirtschaft zugeführt werden. In der Landwirtschaft wurde sich ein Bedarf an männlichen einheimischen Personal nicht besonders bemerkbar. Zum Wälderweiden wurden vertriebsfähige Kinder in großer Anzahl vermittelt. Anderwärts fanden getrennte Soldaten und Jungmänner für Garten und Feldarbeit zur Verfügung.

Die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften in der Industrie steigerte sich weiter in Magdeburg und Leinhardt. Auch in Zeitz, Weißenfels, Jena, Eisleben und Eisenach (Berg- und Hüttenwesen) ist der Bedarf an weiblichen Personal im wesentlichen durch den Mangel an männlichen Personal gedeckt. Die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften in den nach in Frage kommenden Berufen infolge der überaus hohen Nachfrage mehr und mehr abnimmt, und vielfach unbilligste Arbeitsverhältnisse vorliegen. Die Übernahme von Industriearbeit durch nicht erwerbsfähige Frauen und Mädchen aller Art, welche in der Praxis vorkommen, wird, wobei aber eine wesentliche Erleichterung aus dem Arbeitsmarkt bringen. Die Vermittlung von weiblichen Arbeiterinnen aus Industrie und Stadt in die Landwirtschaft machte Fortschritte. Der Lebensmittelmangel besteht in Stadt und Land unverändert fort.

Aus Kreis und Nachbarreisen.

Der Lindenort-Spende im Goethe-Theater zu Landshut.
Der große Jubel, dessen sich die Vorstellung in Bad Lautsch bei erfreuen konnte (das Haus war vollständig ausverkauft), bezeugt die Geltung des Stadt-Theaters die beiden Werke „Der zerbrochene Krug“ von Müll und „Die Gelehrten“ von Goethe am Sonntag, den 7. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr im Goethe-Theater zu Landshut nochmals zur Aufführung zu bringen. Dem gesamten Heimkreis dieser Vorstellung wird Kopial-Spende der Lindenort-Spende überlassen. Eintrittskarten zu dieser Vorstellung sind zu haben bei Herrn Selmann in Landshut.

Aus Provinz und Reich

Wittenberg, 24. Juni. Bei einer Besichtigung im Gerichtsgefängnis sah ich, wie der besagte Anführer verurteilt wurde, der wegen schweren Missethaten in Haft befindliche Richter Geyerpenning über das Treppengelände aus dem zweiten Stockwerk auf den gepflasterten Hof hinab, wo er tot mit zerquetschtem Schädel liegen blieb.

Leipzig, 24. Juni. Auf Einladung deutscher Juristen entsendet die juristische Sektion der deutsch-österreichischen Vereinigung eine Abordnung osmanischer Juristen, um mit den deutschen Juristen im Sinne einer Annäherung beider Reiche auf dem Gebiete des Rechtsweises in Fühlung zu treten. Die Abordnung, die u. a. aus dem Präsidenten des Kassationshofes, Osman, und dem Präsidenten des Sechsbundgerichtes, Yusuf Jan, besteht und von Professor Wied der Konstantinopoler Universität begleitet wird, ist am 18. dieses Monats von Konstantinopel nach Berlin gefahren. Von Berlin

ausreisen die Herren, in deren Begleitung (im Juni) der neue jährliche Jubiläumstag Dr. H. Senje befindet, am Dienstag nachmittags 4 Uhr in Leipzig ein.

Einfuhr von Magergäusen.
Weimar, den 24. Juni. Das Thüringische Landesfischamt teilt mit, daß in den nächsten Wochen aus dem meißelischen Gebiete Holens und Ober-Elbe Magergäusen zur Einfuhr gelangen. Der Preis stellt sich bei woggenweiser Entnahme (1000 Stück) im Juni auf 17, im Juli auf 19, im August auf 21 und nach dem 31. August auf 23 Mk. für das Stück, frei Bestimmungsort unter Garantie lebender Ankunft der Gänse.

Dem Tode verfallen.
Leipzig, 25. Juni. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Anwesenden Franz G. v. L., der vom Schwurgericht Hamburg am 17. April wegen Raubmordes zum Tode verurteilt worden war, weil er Ende August 1914 in Bergedorf den Mördergehilfen Martin Warkner ermordet und ihm seine Effekten und Legitimationspapiere geraubt hatte. - Vom Reichsgericht in Leipzig ist weiter das Todesurteil gegen den Raubmörder Fenzke, der am 1. Februar d. J. die Witwe Warkner in Wodum beraubt und erschlagen hatte, bestätigt worden.

Mord.
Münster, 25. Juni. In Jommendorf bei Münster (Westfalen) sind die 50 Jahre alte Witwe L. v. B. und deren 25jährige Tochter ermordet worden. Die Leichen der beiden Frauen wurden im Stall unter dem Dache verpackt aufgefunden. Der Mörder ist entkommen.

Dorndorf, 25. Juni. Im Dorndorf-Sundare wurde die Ehefrau des Stellmachers Wilhelm F. v. L. in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Der Mörder hat die Frau mit einem Stein erschlagen. Die Leiche wies mehrere starke Verletzungen an der Schädeldacke auf.

Eiltung zur Befestigung von Kirchengeländen.
Kuhla, 24. Juni. Kommerzienrat Albert Schiel hier hat 5000 Mk. als Beitrag zu den noch im Kriege neu anzuschaffenden Glocken gestiftet.

Gerichtszeitung

Wegen Mordverfalls verurteilt.
Großhoflar, 25. Juni. Der Arbeiter und Händler Robert Lorenz von hier, der seine Frau zu erschlagen und zu erschlagen verurteilt hatte, wurde vom Schwurgericht Naumburg zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Schwerer Diebstahl im Radehall.
Selle, 25. Juni. Der Schmiedegeselle E. S. in Merseburg in Untergerichtsbarkeit, hat durch einen Diebstahl im Radehall (abstehenden Radehall, individueller Umkleenkabinen) und wegen Betrug von der hiesigen Strafkammer. Er war aus der Erziehungsanstalt Willemsdorf entwichen, dann unter Vermutung teils eines Güterzuges, teils eines Personenzuges nach Corleitha gekommen, indem er es verstand, sich durch Einschleichen in ein Bremerhäuser Freihaus zu verschleiern. Auf seinen Fahrten u. a. in Landshut hatte er auch gestiftet. Im März d. J. hat er einen Arbeiter K., als dieser zur Arbeit gegangen war, 228 Mk. bares Geld, eine Damenuhr, einen Rucksack, drei Unterhosen, zwölf Pfund Seid, einen Anzug, ein Messer, zwölf Wäpfe. In die Wohnung in der er durch Einschleichen einer Fensterhebe gelangt. Vor seinem Abgange aus der Wohnung des betrauten K. hatte er eine Note mit Not beschriftet und mit einem Messer das Sofa geschnitten. Einem Polizeibeamten gegenüber wies er sich durch eine falsche Identifizierung der Person als Willemsdorf, die natürlich auf einen anderen Namen lautete, und die Karte mit der von einem anderen Jungen erhalten haben. Der Gerichtsvorsteher bemerkt, bei dem Angeklagten wäre die Haftstrafe besser angebracht, als Gefängnis. Das Gericht verurteilte den durchaus gefählichen abgehängigen Hebelräuber zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und zu einer Haftstrafe von acht Wochen; die Haftstrafe wird als auch die Untergerichtsbarkeit verurteilt.

Arbeitslosentwurf.

Zeitz, 25. Juni. Die hiesigen Gemütskranke werden jetzt wieder von auswärtigen Händlern und Familien überlassen, die Kartoffeln zu jedem Preise und in jeder Menge abzukaufnen haben. Der Gemeinderat hat beschlossen, das Unterverwaltungsrat um schenken Maßnahmen zu ersuchen, damit nicht die Wohlthätigkeit des Vorjahres sich hier wiederholen. Daß von auswärtigen Händlern sowie neue Kartoffeln fortgeschleppt wurden, daß schließlich die Zeitzer Einwohner das Nachsehen hatten.

Eine Schiefertragde.

Braunshweig, 25. Juni. Durch verhängnisvolle Spielerei mit einem Revolver wurde ein hiesiger jüdischer Kaufmann am schenken Maßnahmen zu erschuchen, damit nicht die Wohlthätigkeit des Vorjahres sich hier wiederholen. Daß von auswärtigen Händlern sowie neue Kartoffeln fortgeschleppt wurden, daß schließlich die Zeitzer Einwohner das Nachsehen hatten.

Schweces Untergrundbahn-Ünglück.

Berlin, 25. Juni. Im Tunnel der Untergrundbahn zwischen den Haltestellen Kaiserhof und Leipziger Platz fuhr Montag vormittags gegen 8 Uhr ein Untergrundbahnzug in eine schiefelöcherige Arbeiterkolonne. Drei Straßenarbeiter wurden hierbei getötet, zwei weitere erheblich verletzt, der sechste kaum unversehrt davon.

Juder- und Zunderzafmarkenausgabe.
Die Ausgabe der Juder- und Zunderzafmarken findet im alten Rathaus, Bergstraße 1 in folgender Reihenfolge statt:
Mittwoch, den 26. Juni vormittags von 8-12 und nachmittags von 3-6 Uhr für die Strafen mit dem Anfangsbuchstaben von A. bis einschließlich J.
Donnerstag, den 27. Juni, in denselben Zeiten für die Strafen mit dem Anfangsbuchstaben von K. bis einschließlich P.
Freitag, den 28. Juni, zu denselben Zeiten für die übrigen Strafen.
Die Abgabe der Marken erfolgt nur an erwachsene Personen des Haushalts gegen Vorlegung des Lebensmittelpasses. Eine Ausgabe an anderen Tagen findet nicht statt.
Merseburg, den 22. Juni 1918.
L. A. I. 789/18.
Der Magistrat.

Rohfleisch- und Fleischwaren-Verkauf
findet am 26. Juni 1918 bei Hofmann, Obere Dreieckstraße Nr. 4 nachm. von 2-8 Uhr auf die Ordnungsnummern 1201-1300 1301-1400 statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.
Merseburg, den 26. Juni 1918.
L. A. I. 791/18. Das städtische Lebensmittelamt.

Achtung! Frauenhaar Gramm 2 Pf. Achtung! Alte Zöpfe Gramm 1 Pf.
Kauf Montag, d. 24. 6., Dienstag, d. 25. 6., Mittwoch, d. 27. 6. im Hotel „Goldne Sonne“ am Markt von 8 Uhr vorm. bis 6 Uhr abds. Schwarz, vom Kreisamt berechneter Einkäufer.

Karl Tänzer
Adolf Schäfers Nachf.
Spezialgeschäft für Damen- u. Kinder-Wäsche Schürzen aller Art Vollständige Wäsche-Ausstattungen.
Merseburg
Entenplan 7 Fernsprecher 259 Entenplan 7